

- FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK -
KREISTAGSFRAKTION

Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises

am 07. Dezember 2020 in Ravenstein-Merchingen

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler

durch Thomas Ludwig

zu TOP 4

**„Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Neckar-Odenwald-Kreises
für das Haushaltsjahr 2021“**

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, m.s.v.D.u.H.,

ein Haushaltsplan soll möglichst verlässlich die Einnahmen und Ausgaben, Erträge und Aufwendungen abbilden, die im Planungszeitraum voraussichtlich zu erwarten sind. Hierfür stehen vielfach langjährige Erfahrungswerte oder sonstige Berechnungsgrundlagen zur Verfügung und gerade bei großen Zahlenwerken mit ganz verschiedenen Aufgabengebieten gleichen sich die Abweichungen am Ende des Jahres oft auch gegenseitig aus, zumal eine vorsichtige Kalkulationsweise beim Berufsstand der Kämmerer üblich ist.

Es kann aber auch böse Überraschungen geben, mit denen man bei der Planaufstellung nicht rechnen konnte und besonders schwierig wird diese Aufgabe, wenn die äußeren Rahmenbedingungen ins Wanken geraten, also z.B. weltpolitisch, auf dem Arbeitsmarkt, gesamtwirtschaftlich oder auch auf dem Feld der Sozialpolitik. Wenn die Prognosen also auf keinem verlässlichen Fundament stehen oder stehen können, sinkt auch die Wahrscheinlichkeit signifikant ab, dass die in einen Haushaltsplan eingestellten Zahlen tatsächlich eintreffen werden, ja es kann in Teilen sogar passieren, dass es sich bei dem Zahlenwerk nur noch um die richtige Aufsummierung falscher Zahlen handelt, weil ganz einfach keine besseren Berechnungsgrundlagen zur Verfügung stehen.

Der Haushaltsplan 2021 des Neckar-Odenwald-Kreises muss mit diesen Unsicherheitsfaktoren in weit größerem Ausmaß als seine Vorgänger leben und den Hauptgrund hierfür kennen wir alle: er heißt "Corona". Dabei steht außer Frage, dass der deutsche Staat in seiner Gänze, also von ganz oben angefangen mit dem Bund bis hinunter in die kleinste Kommune, auch dieses Mal ein insgesamt sehr gutes Krisenmanagement hingelegt hat. Freilich kann man in Detailfragen immer unterschiedlicher Meinung sein, aber die große Linie stimmt und die Lockdowns waren und sind unvermeidlich. Und eines ist auch klar: wenn keine Schutzmaßnahmen ergriffen worden wären, wäre die Kritik aus genau derselben Ecke gekommen, nur eben mit dem Tenor, dass die Verantwortlichen geschlafen hätten, die Gefahren nicht rechtzeitig erkannt worden seien und man die Bevölkerung in unverantwortlicher Art und Weise großen Gesundheitsrisiken ausgesetzt habe.

Im Gegensatz zu anderen Krisen früherer Jahre besteht das Problem dieses Mal darin, dass es sich bei der Herausforderung nicht um ein anderes politisches System, um Terroristen oder um skrupellose Pleitemanager handelt, sondern um ein fieses Virus, für dessen Bekämpfung in den Schubladen keine Patentrezepte oder Blaupausen bereitlagen. Der Einsatz des auch in früheren Fällen zur Anwendung gekommenen Prinzips, die bestehenden Strukturen zu stützen und zu stärken, war und ist aber in jedem Fall richtig, denn z.B. Kurzarbeit ist sowohl für die betroffenen Menschen als auch im Hinblick auf die angestrebte konjunkturelle Erholung allemal besser als Arbeitslosigkeit. Möglich waren und sind diese Unterstützungsmaßnahmen u.a. deshalb, weil in den vergangenen Jahren bei Bund und Ländern erkleckliche Haushaltsüberschüsse erzielt wurden, aber trotzdem ist zur Bewältigung der Corona-Krise eine immense Neuverschuldung nötig.

Alle Maßnahmen zielen darauf ab, die Produktivität unserer Volkswirtschaft so schnell wie möglich wieder auf das Vorkrisenniveau zu heben, was dann auch wieder ein entsprechendes Plus bei den Steuereinnahmen bringen soll. Die Rückzahlung der Schulden wird aber trotzdem eine Mammutaufgabe werden.

Unter dem Eindruck dieser Rahmenbedingungen und auch ungeachtet anderweitiger widriger Umstände stellt sich die Haushaltswirtschaft des Neckar-Odenwald-Kreises im Moment vergleichsweise stabil dar. Das beginnt zunächst mit dem Horrorminus 2019 der Neckar-Odenwald-Kliniken, welches im Rechnungsabschluss des selbigen Jahres ebenso abgebildet werden konnte wie die in einigen Jahren auf uns zukommenden Aufwendungen für den Abbruch des GTO. Dann war für das Jahr 2020 zwar zunächst wegen dem Klinikthema eine starke Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage um drei Prozentpunkte eingeplant, doch im Nachtrag 2020 und im Haushalt 2021 kann diese schon wieder um zwei Drittel abgeschmolzen werden. Ursächlich hierfür ist u.a. der Höhenflug der Grunderwerbsteuer, deren Aufkommen nach meiner festen Überzeugung so lange nicht nennenswert zurückgehen wird, wie es am Kapitalmarkt für Geldguthaben keine Zinsen gibt.

Ganz generell kann man sagen, dass die Kommunalhaushalte im Jahre 2020 noch mit einem tiefblauen Auge davonkommen werden, weil die staatlichen Unterstützungsleistungen in ausreichendem Maße flossen. Aus Kreissicht ist hier vor allem die dauerhafte Übernahme von 75 % der Kosten der Unterkunft für Sozialhilfeempfänger durch den Bund hervorzuheben, womit auch für künftige Jahre eine spürbare Entlastung bewirkt wird.

Das *"Magazin der Bazooka"* war zu Beginn der Pandemie also *"prall gefüllt"* und so wurde *"aus allen Rohren geschossen"*, bis sich dann im Oktober erstmals eine *"Ladehemmung"* einstellte, weil der Bundesfinanzminister und der Bundeswirtschaftsminister unterschiedliche Auffassungen kundtaten. (Diese Wortwahl stammt übrigens nicht von mir, sondern entspricht Originalzitate aus der Bundespolitik.) Aber es kann ja auch keine Überraschung sein, dass das Pulver irgendwann verschossen ist und für die kommunale Familie kommt noch erschwerend dazu, dass im nächsten Jahr sowohl Landtags- als auch Bundestagswahlen stattfinden. Man muss deshalb kein großer Prophet sein, um schon heute vorauszusagen, dass danach erst einmal *"Schluss mit lustig"* sein wird und die Daumenschrauben wieder angezogen werden, ja werden müssen. Außerdem ergab die November-Steuerschätzung, dass sich die Erholung der Steuereinnahmen länger als ursprünglich erwartet hinziehen wird. Konkret summieren sich die Mindereinnahmen gegenüber den Vor-Corona-Berechnungen für die Jahre 2020 - 2024 alleine für die baden-württembergischen Kommunen auf über 9,5 Mrd. €, was einer Verschiebung des erwarteten Einnahmenniveaus um drei Jahre entspricht. Somit muss also auch für den Kreishaushalt festgestellt werden, dass die kritischsten Jahre erst noch vor uns liegen.

Nun würde man ja vielleicht den Kopf in den Sand stecken wollen und abwarten, was passiert, aber das kann ja kein Rezept für politisches Handeln sein. Vielmehr enthält der Haushalt 2021 zahlreiche in die Zukunft gerichtete Ansätze, wobei die kommunale Familie aber nur dann Beiträge zur Wiederbelebung der Konjunktur leisten können, wenn sie von Bund und Land auch bedarfsgerecht finanziell ausgestattet werden. Diese Aussage soll als deutlicher Hinweis an alle Politiker in Stuttgart und Berlin verstanden werden, die nach den beiden Wahlen das Sagen haben werden. Wer meint, bei den Kommunen sparen zu können, würde damit den Aufschwung ausbremsen, denn ein Verfall der Infrastruktur vor Ort und damit des flächendeckenden Wohlstands wäre die unmittelbare Folge.

Aber wie gesagt: der Haushalt 2021 des Neckar-Odenwald-Kreises kann sich angesichts der Gesamtumstände mehr als sehen lassen, denn er bewältigt nicht nur die Corona-Krise (die natürlich auch), sondern er setzt gleichzeitig auch viele eigene Akzente zur Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit. An erster Stelle ist hier der Breitbandausbau zu nennen und das obwohl, oder besser: gerade weil er im Kreishaushalt nur mit kleinen Summen für die Hausinstallationen in den kreiseigenen Gebäuden zu Buche schlägt. Es ist nämlich ein echter Glücksfall, dass sich mir der Fa. BBV ein Unternehmen fand, das diesen Ausbau eigenwirtschaftlich durchführen will. Der Beitrag des Landkreises hierzu drückt sich deshalb weniger in Euro und Cent aus, sondern vielmehr in der Koordination dieses Ausbaus durch die Kreisverwaltung aus, also namentlich vor allem durch den Landrat und Herrn Biste.

Günstiger werden wir das "Fibre to the Home" jedenfalls nicht mehr bekommen und deshalb unterstützen ja auch alle Kommunen dieses Vorhaben nach besten Kräften.

Als artverwandtes Betätigungsfeld ist als Nächstes die Digitalisierung zu nennen, wobei sich an diesem Beispiel schön erkennen lässt, warum in jeder Krise eine Chance steckt. Zwar sind Telearbeit, Videokonferenzen und Homeschooling nicht immer die die einzig glücklich machenden Dinge. Nein, sie haben natürlich auch ihre Nachteile und manchmal liegt es schon in der Natur der Sache, dass physische Präsenz unerlässlich ist. Aber es ist eben auch kein Ruhmesblatt für Deutschland, dass wir bei der Digitalisierung unter den 20 größten Industrienationen nur auf Platz 16 liegen. Und mal ehrlich: ohne Corona hätte sich an dem lahmen Tempo des Digitalisierungsprozesses in unserem Land nichts, aber auch gar nichts, geändert! Wie in vielen anderen Bereichen, wurde auch hier in den letzten Jahren viel zu sehr problem-, statt lösungsorientiert an die Aufgabenstellung herangegangen. *"Wir sollten uns mal wieder in das Gelingen verlieben"*, meinte vor einiger Zeit ein ehemaliger Bundespräsident. Das ist wohl wahr, aber dass es hierzu im Falle der Digitalisierung erst die Corona-Krise brauchte, ist halt schon traurig.

Aber auch die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung ist ein Thema, von dem die Zukunft unseres Landkreises und seiner Einwohner maßgeblich abhängt und das gilt sowohl für die ambulanten, als auch für die stationären Angebote. Die Letzteren schlagen im Kreishaushalt vor allem mit der Defizitabdeckung des Neckar-Odenwald-Kliniken im Rahmen des Betrauungsaktes zu Buche. Die hier eingepflanzten 5,7 Mio. € sind aus der Perspektive, wo wir herkommen, bestimmt ein ehrgeiziges Ziel, aber aus Sicht dessen, was der Kreis und seine Kommunen finanziell verkraften können, auch alternativlos und sie dürfen längst noch nicht das Ende der wirtschaftlichen Konsolidierung sein. Hoffentlich öffnet Corona auch hier den zuständigen Politikern die Augen, wenn es nämlich darum geht, dass die in Baden-Württemberg nach jahrzehntelangem Kahlschlag noch übrig gebliebene Kliniklandschaft unbedingt erhalten bleiben muss. Der Landesgesundheitsminister hat hierzu ja auf die Zuständigkeiten des Bundes verwiesen, aber so lange er, statt dagegen zu steuern, in seinen Interviews Schließungen und Zusammenlegungen von Krankenhäusern als Erfolge preist, macht er sich am Ergebnis mitschuldig. Derweil scheinen die Neuordnungsmaßnahmen bei den Neckar-Odenwald-Kliniken zu greifen, aber man weiß halt nicht so recht, wie das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres 2020 ohne die Corona-Ausgleichszahlungen ausgefallen wäre. Doch wie dem auch sei: an der Rückführung der Defizitbeträge in Richtung der berühmten schwarzen Null führt kein Weg vorbei, weshalb der eingeschlagene Kurs konsequent fortgesetzt werden muss.

Wie in jedem Jahr weist der Teilhaushalt 5 "Soziales und Jugend" mit 63,7 Mio. € wieder den größten Nettoressourcenbedarf auf. Das sind 2,2 Mio. € mehr als in diesem Jahr, aber sogar satte 9 Mio. € mehr als 2019. Vor allem die gegenüber 2019 um gleich 4,1 Mio. € geringeren Erträge schmerzen doch sehr. Bekanntlich steigt hier vor allem der Aufwand bei den konjunkturabhängigen Hilfearten wie der Hilfe zur Pflege, der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe schon seit Jahren stetig an, aber angesichts der bereits eingetretenen und noch zu befürchtenden Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt wird nun auch eine Zunahme der Fallzahlen bei der Grundversicherung für Arbeitssuchende nicht ausbleiben. Dass der Bund hier weitere 25 % der Kosten der Unterkunft übernimmt, hilft uns, wie bereits gesagt, wirklich sehr, aber die Gesamttendenz beim Sozialhaushalt gibt trotzdem keinen Anlass zu Jubelarien. An einer noch strengeren Anwendung des Konnexitätsprinzips bei weiteren Ausweitungen des Leistungsumfangs durch Bund und Land kann daher kein Weg vorbeiführen. Gerade bei den noch laufenden Verhandlungen über die Abrechnung der durch das neue Bundesteilhabegesetz ausgelösten Mehrkosten kann es keine Zugeständnisse geben.

M.s.v.D.u.H., aus Zeitgründen möchte ich an dieser Stelle nur noch kurz auf zwei andere wichtige Tätigkeitsfelder eingehen, über die in den letzten Wochen und Monaten bereits häufig berichtet wurde. Da wäre zunächst der Neubau des GTO, welcher in diesem Jahr mit der Durchführung des Architektenwettbewerbes und der Sicherstellung der Finanzierung auf den Weg gebracht wurde. Zwar hätte man sich wegen des hohen Auswärtigenanteils in der Schülerschaft schon einen höheren Zuschuss des Landes erwartet, aber leider hat heutzutage in der Landespolitik niemand mehr den Mumm, ein derart berechtigtes Anliegen auch vor den politischen Vertretern der Ballungsräume durchzusetzen. Wenigstens wurden aber die vorsintflutlichen Regelfördersätze beim Schulhausbau halbwegs an die Realitäten angepasst, was den Schmerz etwas mildert. Im Jahre 2021 soll nun die planerische Vorbereitung über die Bühne gehen und Anfang 2022 mit dem Bau begonnen werden. Es bleibt zu hoffen, dass die geplanten Gesamtkosten eingehalten werden, wozu neben einer gut durchdachten Planung vor allem entsprechende Ausschreibungsergebnisse die wichtigste Voraussetzung sind – insofern wäre ein leichter Auftragsrückgang im Handwerk hin zu einer Normalauslastung wünschenswert.

Zum anderen muss noch das Thema Verkehr angesprochen werden, wo der Neckar-Odenwald-Kreis sein Programm zur Ertüchtigung der Kreisstraßen weiter fortsetzt. Die Erfolge sind schon deutlich sichtbar und da ist es jetzt wohl auch dem Land Baden-Württemberg endlich gedämmert, dass der Zustand seiner Landesstraßen im Vergleich immer unangenehmer auffällt. Als logische Konsequenz aus diesem eklatanten Nachholbedarf stehen jetzt gleich sechs Ausbauprojekte aus dem Neckar-Odenwald-Kreis im neuen "Maßnahmenplan Landesstraßen", was nicht zuletzt ein Ergebnis des im Mai 2019 vom Landkreis ausgerichteten Straßengipfels ist.

Eher zäh verläuft derweil die Entwicklung beim Schienenpersonennahverkehr - und das ist ausgerechnet bei einer grün geführten Landesregierung doch sehr überraschend. Gerade die Probleme auf der Frankenbahn Stuttgart - Würzburg mit ihrem Ableger nach Neckarelz nehmen beständig zu. Wer schlechte Pünktlichkeitswerte mit der Brechung von Zugläufen oder mit dem Streichen von Halten beantwortet, stellt sich selbst ein Armutszeugnis aus. Je weiter eine Region von einem Ballungsraum entfernt ist, umso mehr direkte und schnelle Verbindungen benötigt sie, damit die Pendler dauerhaft auf den Zug umsteigen. Wer aber von Neckarelz oder Osterburken nach Stuttgart morgens zweimal umsteigen muss und abends befürchten muss, dass er regelmäßig für eine Stunde im illustren Hauptbahnhof von Bad Friedrichshall strandet, wird schon bald wieder das Auto als Verkehrsmittel seiner Wahl bevorzugen. Es zeugt jedenfalls von wenig Verständnis für die Situation der Weitpendler, dass vor einem Jahr morgens und abends ausgerechnet jene durchgehenden Züge von Osterburken nach Stuttgart (und zurück) gestrichen wurden, die zwischen Heilbronn und Stuttgart ohne Halt durchfuhren und die Misere auf dem Neckarelzer Ast ist ja auch hinreichend bekannt. So wird das jedenfalls nichts mit der Verkehrswende, denn solche Angebote auf der Schiene sind für die Berufspendler ganz einfach eine Zumutung.

Werte Zuhörer, alle Planungen von Erträgen und Aufwendungen im Ertragshaushalt eines Landkreises münden am Ende in den einen besonders bedeutsamen Haushaltsansatz, welcher den Namen "Kreisumlage" trägt. Das in der Verfassung garantierte Recht auf kommunale Selbstverwaltung räumt den Kreisen in Kombination mit landesrechtlichen Regelungen die Möglichkeit ein, ihren Finanzbedarf durch die Erhebung einer Kreisumlage zu decken, soweit die Kreiseinnahmen aus Entgeltabgaben und Steuern dazu nicht ausreichen. Unter Berücksichtigung der drei Änderungen aus der Tischvorlage wird im Ergebnishaushalt 2021 ein kleiner Überschuss in Höhe von rd. 105.000 € erwartet, was aber bei einem Gesamtumfang von 175 Mio. € nichts Anderes als eine schwarze Null ist. Der Kreisumlagehebesatz in Höhe von 29 Hebesatzpunkten ist somit auskömmlich, was insbesondere die kreisangehörigen Kommunen erfreut, denn nach dem Nachtrag 2020 ist dies jetzt schon die zweite Senkung. Natürlich hängt die Auskömmlichkeit dieses Hebesatzes von vielen Faktoren ab, ich nenne hier nur die Defizitentwicklung bei den Neckar-Odenwald-Kliniken. Doch andererseits steht die große Mehrheit der Städte und Gemeinden finanziell längst mit dem Rücken zur Wand, was vor allem daran liegt, dass die ganz erklecklichen Einnahmeausfälle beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von Land oder Bund weder in diesem, noch in den kommenden Jahren ausgeglichen werden. Außerdem macht die seit 2019 flächendeckende Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts und Rechnungswesens auch unabhängig von der Corona-Krise schon jetzt deutlich, dass das Land Baden-Württemberg seine Kommune finanziell eben doch nicht so gut ausstattet, wie dies vom Landesvater immer wieder behauptet wird und das gilt vor allem für die Flächenkommunen im Ländlichen Raum. Aber auch diese Schwächsten der Schwachen müssen mitgenommen werden, wobei die Einführung der Flächenkomponente im Finanzausgleich hierfür ein erster Hoffnungsschimmer ist - aber mehr auch nicht. Umso wichtiger ist es deshalb, dass der Neckar-Odenwald-Kreis und seine Kommunen die schon seit Jahren gelebte vertrauensvolle Partnerschaft fortsetzen. Im vergangenen Jahr benötigte der Kreis mit drei Hebesatzpunkten mehr zunächst einen großen Schluck aus der Pulle, aber er steckt auch wieder zurück, wenn dies möglich ist und das mit dem niedrigsten Umlageaufkommen pro Kopf in ganz Baden-Württemberg. Dass der Kreishaushalt 2021 darüber hinaus, wie schon seit 2017, ohne Neuverschuldung auskommt, ist ebenfalls sehr erfreulich, denn das verschafft Spielräume für die Zukunft.

Unterm Strich kann deshalb festgehalten werden, dass der Haushalt 2021 zwar keinen Anlass zu überschwänglichen Luftsprüngen gibt, aber mit Verlaub: es hätte schlimmer kommen können. Zwar ist die Vorsicht auch weiterhin die Mutter der Porzellankiste und Nachwirkungen der Corona-Krise werden uns noch lange beschäftigen, aber trotzdem muss und wird es weitergehen.

Gerade angesichts dieser äußerst schwierigen Rahmenbedingungen ist es der Fraktion der FREIEN WÄHLER in diesem Jahr ein besonders wichtiges Anliegen, der gesamten Landkreisverwaltung ein aufrichtiges Wort des Dankes für ihre engagierte Arbeit zum Wohl unseres Kreises und seiner Einwohner zu sagen. In Sachen Haushaltsaufstellung und -beratung geht dieser Dank natürlich vor allem an die Kämmerei mit Herrn Kreiskämmerer Schork an der Spitze, aber auch an Sie, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Brötel, für die ausführliche Diskussion des Zahlenwerks in unserer Fraktion.

Die FREIEN WÄHLER werden der Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage auf 29,0 v.H. ebenso zustimmen wie den restlichen Ansätzen und Anlagen des Haushaltes 2021.

Herzlichen Dank für Ihre geduldige Aufmerksamkeit!